

Lediglich 22% der Täter begründeten ihr Vorhaben mit einer ablehnenden politischen Haltung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR.

BSU
000050

Als weitere Motive wurden angegeben

- Zusammenleben mit Personen im Ausland (dabei handelt es sich im wesentlichen um beabsichtigte Eheschließungen und Zusammenleben mit ehemaligen DDR-Bürgern - 53,4% - bzw. nicht zurückgekehrten Verwandten - 14,0%) 23,4%
- Perspektivlosigkeit und ungenügende persönliche und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten (darunter Nichtzulassung von Gewerben und selbständiger Tätigkeit), basierend im wesentlichen auf Fehlen persönlicher Voraussetzungen. 24,8%
- Ablehnung von Besuchsreisen ins nicht-sozialistische Ausland 16,9%
- Verärgerung über Entscheidungen der Arbeitsstelle (keine Delegation zum Studium, keine anderen angestrebten Qualifizierungen, keine Umsetzung auf gewünschten Arbeitsplatz) 11,7%
- Wohnungsprobleme, wobei teilweise angebotene Lösungen nicht akzeptiert wurden 8 %
- familiäre Konflikte in der DDR 7,3 %

Kopie BSU
4 5 1